

DAS THEMA

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag haben in ihrer Sitzung am 26. April den von Innenminister Holger Poppenhäger in der Woche zuvor vorgestellten Vorschlag für eine Kreisneustrukturierung beraten. Nach der intensiven Diskussion erklärte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow:

„In einer konstruktiven und sachlichen Debatte haben wir Argumente zu dem auf dem Tisch liegenden Vorschlag für eine Kreisgebietsreform ausgetauscht. Die Fraktion hat deutlich gemacht, dass sie nach wie vor zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform steht.“ Denn es gehe um zukunftssichere Strukturen für Thüringen.

In der Beratung der Abgeordneten war auch deutlich geworden, dass die Kriterien für die Festlegung der Kreisstädte transparent und nachvollziehbar sein müssen. Ein Schwerpunkt der Fraktionsberatung war zudem die Fra-

Zukunftssichere Strukturen

ge der Kreisfreiheit für Gera und Weimar. „Die vom Innenminister favorisierte Weiterführung der Kreisfreiheit bedeutet eine erhebliche Abweichung vom Vorschaltgesetz. Hier sieht die Linksfraktion weiteren Diskussionsbedarf“, unterstrich die LINKE Landespolitikerin. Auch die Schaffung zweier

ökonomisch ungleichgewichtiger Kreise in Südthüringen stoße „auf überwiegende Ablehnung in der Linksfraktion“.

In den kommenden Wochen werden diese und andere Aspekte des Neuzuschnitts der Kreise und die Frage künftiger Kreissitze weiter diskutiert.

„Wir nehmen den Vorschlag des Innenministers sehr ernst und erwarten, dass Argumente, Hinweise und alternative Vorschläge auch entsprechend behandelt und in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen werden“, sagte Susanne Hennig-Wellsow.

In einer konstruktiven Debatte haben wir Argumente ausgetauscht. Die Fraktion hat deutlich gemacht, dass sie nach wie vor zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform steht.

Susanne Hennig-Wellsow,
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag

DIE LINKE.

Vorschläge für neue Kreisgrenzen und Kreisstädte

Thüringens Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger, hat angekündigt, dem Kabinett in seiner Sitzung am 2. Mai einen Gesetzentwurf mit folgenden Eckpunkten vorzulegen:

1. Die Landkreise Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis werden gemeinsam einen neuen Kreis bilden. Als Kreisstadt des neuen Kreises wird die Stadt Mühlhausen vorgeschlagen. Der neue Landkreis wird im Hinblick auf die aufgelaufenen Altschulden umfangreiche Hilfen des Landes erhalten.

2. Die Landkreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis werden zu einem Landkreis verschmolzen. Entsprechend der von den Kammern vorgeschlagenen Aufteilung wird der Landkreis Sömmerda nicht hinzugenommen. Dies entspricht den seit Jahren bestehenden Planungsregionen. Der Kreissitz wird Sondershausen.

3. Die Landkreise Sömmerda und Weimarer Land sollen fusionieren, dies entspricht dem Vorschlag der Kammern und vermeidet das Schneiden der bisherigen Planungsregionen. Beide Kreise gehören der Planungsregion Mitte an. Kreisstadt soll die Stadt Sömmerda werden.

4. Die Landkreise Gotha und Ilm-Kreis werden zusammengeschlossen. So wird ein neuer und starker Kreis in der Mitte des Landes gebildet. Die Kreisstadt soll Gotha werden. Arnstadt wird im Zuge der Gemeindegebietsreform anderweitig gestärkt.

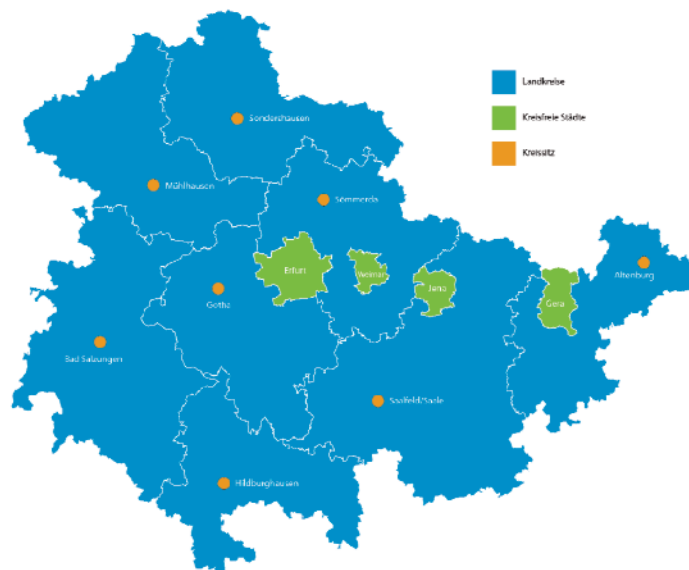
5. Die Landkreise Wartburgkreis und Schmalkalden-Meiningen bilden zusammen mit der bisher kreisfreien Stadt Eisenach einen neuen Landkreis. Dies resultiert unter anderem aus einer fachlichen Stellungnahme des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zu den wesentlichen Verflechtungsbe-

ziehungen in der Region aber auch aus den Stellungnahmen von 24 Bürgermeistern aus dem Landkreis. Thema hier waren insbesondere die engen Verbindungen der Kulturstiftung „Meinungen - Eisenach“ und die notwendige touristische Entwicklung der Rhön. Kreisstadt soll Bad Salzungen werden. Eisenach soll den Status einer Großen kreisangehörigen Stadt erhalten. Die Stadt Meinungen wird im Zuge der Gemeindegebietsreform anderweitig gestärkt.

Handwerkskammern sollen die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla-Kreis und Saale-Holzland-Kreis zu einem großen Saaletal-Kreis verschmelzen. Saalfeld soll Kreissitz für den neuen Saaletal-Kreis werden.

8. Die Landkreise Altenburger Land und Greiz sollen fusionieren. Als Sitz der Kreisverwaltung wird die Stadt Altenburg vorgeschlagen.

9. Die bisherigen kreisfreien Städte Erfurt, Weimar, Jena und Gera behalten ihren Status.



6. Der Kreis südlich des Rennsteigs wird gebildet aus den Landkreisen Sonneberg und Hildburghausen sowie der bisher kreisfreien Stadt Suhl und den Gemeinden Oberhof, Zella-Mehlis und Benshausen. Kreisstadt des Kreises soll Hildburghausen werden. Suhl soll den Status einer Großen kreisangehörigen Stadt erhalten.

7. Entsprechend dem Vorschlag der Industrie- und Handelskammern und

Er freue sich, so der Minister in der Erklärung vom 19. April, „dass unser Diskussionsangebot reichhaltig genutzt wurde und in diesem Vorschlag mündete. Er zeigt auch, dass es zu keinem Zeitpunkt darum ging, das Vorschaltgesetz starr anzuwenden, sondern konstruktiv und mit sachlichen Argumenten gemeinsam zu einem Ergebnis zu gelangen“.

KURZ UND PRÄGNANT

Anhörung zum Investitionsprogramm

Zum gemeinsamen Gesetzentwurf der Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das in den Jahren 2017 und 2018 beabsichtigte 100 Millionen Euro schwere kommunale Investitionsprogramm fand am 27. April im Innenausschuss des Thüringer Landtages eine mündliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände statt. Dazu erklärten die kommunalfinanz- bzw. kommunalpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen Ralf Kalich (DIE LINKE), Uwe Höhn (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

„Sowohl der Thüringische Landkreistag als auch der Gemeinde- und Städtebund Thüringen haben den Gesetzentwurf und dessen Zielstellung begrüßt und sich für die Initiative der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Investitionen im kommunalen Bereich bedankt. Wir werden die bei der Anhörung unterbreiteten Vorschläge und Anregungen aus der kommunalen Familie nun prüfen. Unser Ziel ist es, das vorliegende Gesetz nach schriftlicher Anhörung eventueller Änderungsanträge in der Plenarsitzung, die für Ende Mai anberaumt ist, zu verabschieden.“

Profitieren werden die Kreise und kreisfreien Städte vor allem auch als Schulträger

Nach Vereinbarung innerhalb der Regierungskoalition und mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die zusätzlich bereitgestellten Mittel überwiegend zur Aufstockung bestehender Investitionsförderprogramme - unter anderem in den Bereichen Breitbandausbau, Brandschutz, Kulturbau und Denkmalpflege, Kindertagesstätten, Sportstätten und Schwimmbäder, Gewässerunterhaltung sowie Abwasserbehandlung - zur Verfügung gestellt werden.

Zudem haben sich die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt, die vom Bund beabsichtigten Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen in Thüringen aus Landesmitteln mit rund acht Millionen Euro kofinanzieren. Thüringen kann ab diesem Jahr mit zusätzlichen 72 Millionen Euro vom Bund rechnen.

Dies haben die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung ausdrücklich begrüßt. Insbesondere die Landkreise und kreisfreien Städte werden als Schulträger davon profitieren.